



2010 - das neue Jahr fängt an, wie das alte endet: Protestaktion an den Gorlebener Atomanlagen

Der Rahmenbetriebsplan des wendländischen Protestes steht: 2010 wird ein Jahr voller Aktivitäten der Anti-Atom- Bewegung. Nicht nur in Gorleben wird demonstriert. Gorleben ist überall. Der Slogan meint die Atom-Problematik ebenso wie den Schwung und Geist des Widerstandes, der von der Region des Wendlandes ausgeht. Zu schön klingt es in den Ohren demokratieliebender BürgerInnen, wie bei der Asse und Morsleben beim Berlin- Treck von PolizeibeamtInnen zu hören. "Wir sind hier nicht in Gorleben!" Noch nicht! Was nicht ist, kann ja noch werden.

Genug von unserem guten Ruf. Es ist ein hartes Stück Arbeit damit verbunden und das seit Jahrzehnten. Von niX kommt niX, viele MitstreiterInnen haben dazu beigetragen, ebenso stehen wir auf den Schultern unserer VorgängerInnen, wenn wir heute verkünden: wir haben viel vor!

Einen Überblick verschaffen soll ein kleiner Widerstandskalender. Nehmen wir das -für uns im Wendland- Wichtigste zuerst. Die Räumung der Freien Republik Wendland jährt sich zum 30. Mal am 4. Juni. Damals räumten Polizei und BGS unter massiver Gewaltanwendung den besetzten Platz der Bohrstelle 1004, auf dem AtomkraftgegnerInnen aus ganz Deutschland gegen Tiefbohrungen in den Salzstock protestiert und ein Hüttendorf errichtet hatten. Wir werden an den „Traum von einer Sache“ erinnern und kündigen eine Umzingelung der Atomanlagen an.

Turm und Dorf haben sie zerstört, aber nicht die Kraft, die es schuf.

Ein weiteres Großereignis wird die Demo in Krümmel zum Tschernobyljahrestag am 24.4. sein. Mit einem Mintreck geht es vom Wendland über Uelzen, Lüneburg, Winsen nach Krümmel. Der Schrottreaktor soll endgültig vom Netz! Dafür werden wir mit so vielen Menschen wie möglich demonstrieren. Gleichzeitig finden an diesem Tag zwei weitere Demos statt, im Süden in Biblis, einem anderen Uralt-, Schrott- und Pannenreaktor und für die Mitte in Ahaus. In das dortige zentrale Zwischenlager rollen demnächst mehrere Transporte Atom Müll pro Woche. Der Norden zieht nach Krümmel, seid dabei! Und nehmt teil am Ratschlag zur Mobilisierung für die Demo in Krümmel am 31.1. im Hotel Alte Post in Dannenberg um 15 Uhr.

Im November steht ein nächster Castortransport nach Gorleben an. Wir rechnen mit den



größten Protesten der Geschichte der Castortransporte. Und es werden viele sein, die nicht nur zur Demo kommen, sondern die bleiben, um den mit Gewalt durchgesetzten Transporten zu trotzen. Wahlen hin, Wahlen her - die Mehrheit der Bevölkerung will den Atomausstieg. Und wir sind die Plattform, auf der sich Widerstand manifestieren kann. Müssen wir noch sagen, dass es die Plattform ist, um der Regierung klar zu machen: statt Laufzeitverlängerungen steht der Atomausstieg auf der Agenda. Statt Gorleben weiter zu „erkunden“, sprich auszubauen, steht der Rückbau auf der Tagesordnung. Wir denken, das ist allen klar, die uns kennen, dass wir nicht nur wegen des Atom Müll dilemmas - für den Sof ortausstieg demonstrieren, wenn der Castor rollt.

In Gorleben finden seit Monaten sonntägliche Spaziergänge statt. Jeden Sonntag. Das setzen wir fort. Jeden Sonntag ist etwas los, einmal im Monat ein Spaziergang mit Motto. Freut euch auf "Wir fahren mit der Atommafia Schlitten" am 24. Januar. Es folgt eine "Vermummungsparty" am 21. Februar. Das beste Kostüm wird prämiert. Am 21. März ist dann große Landmaschinenschau. Oster Eier suchen könnt ihr am 18. April, vielleicht findet sich ja ein mutiertes Riesenschokoladenei? Der 14. Mai könnte als Sambanacht während der Kulturellen Land Partie in die Geschichte eingehen.

Eine Fachtagung zum Salzstock mit namenhaften WissenschaftlerInnen steht am 17. April in Dannenberg auf dem Programm. Wir beleuchten die jüngsten Aussagen zum Salzstock Gorleben und packen alle Argumente, die belegen, dass

Gorleben als Atommüllendlager nicht geeignet ist, auf den Tisch.

Neben der engen Zusammenarbeit mit den anderen sogenannten Endlagerstandorten Morsleben, Schacht Konrad und der Asse widmen wir unsere Aufmerksamkeit weiteren Themen:

- beim Castoralarm in Ahaus unterstützen wir die dortigen Proteste. Wir organisieren Busse, um uns an den Demos im Münsterland zu beteiligen.

- wir unterstützen die Demo und Kampagne von Hamburger und Bremer Initiativen gegen MOX (plutoniumhaltige Mischoxid- Brennelemente) Transporte über deutsche Häfen und fahren mit dem Bus zur Demo am 6. Februar nach Hameln.

- eingebettet in eine Kampagne von Initiativen aus dem Münsterland und Finnland machen wir mobil gegen den Atomstromkonzern E.ON. Auf der Hauptversammlung in Essen wird eine Delegation den Konzern öffentlich mit seinen atomaren Machenschaften konfrontieren. Der 27. März ist dezentraler Aktionstag gegen die Atomstrom-Energiekonzerne. Anlässlich des Harrisburg- Jahrestages werden bundesweit viele Aktionen die Konzerne, ihre steuerfreien Milliardenrückstellungen, die fehlende Entsorgung und die Kinderkrebshäufigkeit um Atomkraftwerke zum Thema machen.

**Wir geben keine Ruhe!
Atomkraftwerke stilllegen, sofort!
Atom Müllkippen-Pläne für Gorleben
vom Tisch fegen, für immer!**
Kerstin Rudek, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden die Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüber hinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BLM musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Ca p de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand von eiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Korken) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Korkentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich

Manipulationsverdacht Gorleben-Ausschuss kommt

Im Bundestag wird es im nächsten Jahr einen Untersuchungsausschuss zum Atom-Endlager-Projekt Gorleben geben. SPD, Grüne und Linkspartei haben sich auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, der im Januar 2010 in den Bundestag eingebracht werden soll.

Der Ausschuss soll unter anderem dem Verdacht nachgehen, dass der Salzstock Gorleben nicht aufgrund von wissenschaftlichen Kriterien, sondern „politisch“ bestimmt wurde und mögliche Alternativen bewusst ausgeblendet wurden.

Im vorigen Sommer hatten wir aufgedeckt, dass 1983 Gutachten zur Eignung des Salzstocks Gorleben aufgrund von Interventionen der damaligen Bundesregierung inhaltlich verändert worden waren. So strichen die damit betrauten Wissenschaftler die Empfehlung, neben Gorleben auch andere Standorte vorsorglich zu betrachten – für den Fall, dass der Salzstock sich nicht eigne, und um „keine Sachzwänge“ zu schaffen. Zentral war dabei ein Fachgespräch der Wissenschaftler in Hannover, zu dem ohne Einladung Vertreter der Bundesregierung hinzugekommen waren, die die Veränderungen in dem Gutachten anmahnten. Die verschiedenen Textversionen haben wir auf unserer Homepage veröffentlicht.

Der Untersuchungsausschuss soll aber auch die genauen Umstände ausleuchten, unter denen die Gorleben-Auswahl in den 70er Jahren stattfand. Zahlreiche Geologen hatten die Eignung des Salzstocks, der an der damaligen innerdeutschen Grenze lag, bezweifelt. Sie verwiesen auf die Inhomogenität des Salzstocks, die Frostrisse, die ihn durchziehen und auf das über weite Strecken fehlende Deckgebirge über dem Salzstock. Zuletzt hatte der Diplom-Geologe Schneider auf die gravierenden Schwachstellen des Salzstocks Gorleben hingewiesen.

Kein einvernehmliches Ergebnis

Gorleben fand sich denn auch nicht unter den ersten drei der favorisierten Salzstöcke, wurde aber trotzdem als einziger zur Erkundung ausgewählt. Nach Aussagen von beteiligten Forschern wurde diese Entscheidung vom damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) „politisch“ getroffen. Ausschlaggebend sei die Nähe zur DDR und die dünne Besiedlung, also das mutmaßlich geringe Protestpotenzial, gewesen.

Der aktuelle Antrag wird auch damit begründet, dass die Arbeitsgruppe, die von der letzten Bundesregierung zur Aufklärung möglicher Gorleben-Manipulationen noch kurz vor der Bundestagswahl eingesetzt worden war, im Streit auseinanderging und kein einvernehmliches Ergebnis vorlegte. Für das damals SPD-geführte Umweltministerium war die Gutachten-Manipulation erwiesen. Kanzleramt, Wirtschafts- und Forschungsministerium leugneten die Fakten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat entschieden,



dass die unterbrochene Gorleben-Erkundung fortgesetzt werden soll. Bis die Arbeiten starten, müssen aber die rechtlichen Voraussetzungen geklärt werden. Der Rahmenbetriebsplan läuft am 31.10.2010 ab, das Moratorium ebenfalls.

Wir mischen uns ein: am 4. Juni mit einer demonstrativen Umzingelung des Terrains.

Der vierte Juni war vor 30 Jahren der Räumungstag der Freien Republik Wendland, dem Hüttendorf auf der Tiefbohrstelle 1004, doch wir sind immer noch da! Die Wiederaufnahme des Ausbaus Gorlebens als Atomstilldeponie wird auch beklagt. Der Untersuchungsausschuss ist ein willkommenes Komplement unserer Arbeit.

Wolfgang Ehmke

Nach dem schweren Güterzugunfall bei Neubeckum: Umweltschützer fordern das Verbot aller Atomtransporte! Protestaktionen am 23. Januar in Duisburg und Jülich!

Nach dem Güterzug-Unfall bei Neubeckum am Dienstag (05.01.) geraten auch die Sonderzüge mit Uran und Atommüll wieder verstärkt in das Kreuzfeuer der Kritik.

Ein Achsenbruch kann sich bei einem Güterzug mit Atommüll ebenso ereignen wie auch das Entgleisen von Waggons. Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz haben sich gemeinsam gegen alle Atomtransporte ausgesprochen. Sie sehen in dem Zugangsglück von Neubeckum eine dringende Warnung.

„Die hochgefährlichen Atomtransporte jeglicher Art haben weder auf der Schiene, noch auf der Straße, etwas zu suchen. Sie gehören verboten – und das sofort“, so Willi Hesters vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, in dem Bürgerinitiativen und engagierter Privatpersonen organisiert sind.

Autobahnaktionstag am 23. Januar!

Um ihren Ausstiegsforderungen Nachdruck zu verleihen rufen das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der BBU zu konkreten Aktionen gegen die Atomindustrie und gegen Atomtransporte auf. So findet am 23. Januar in NRW ein Autobahnaktionstag mit Stationen in Ahaus, Duisburg und Jülich statt, mit dem gegen die zunächst drohenden Atomtransporte von Duisburg und Jülich nach Ahaus demonstriert werden soll. Weitere Informationen zum Ablauf des Aktionstages und über die Gefahren der Atomenergie gibt es im Internet:

www.kein-castor-nach-ahaus.de

www.bbu-online.de

Tel. Auskünfte gibt es unter

015112702596 (Aktionsbündnis Münsterland gegen

Atomanlagen)

und unter 0228-214032 (BBU).

Ex-E.on-Mann Hennenhöfer darf nicht als Atomaufseher des Bundes arbeiten!

Die Deutsche Umwelthilfe fordert Umweltminister Röttgen auf, eine umstrittene Personalleistungsvereinbarung rückgängig zu machen – das Verwaltungsverfahrensgesetz verbietet dem ehemaligen E.on-Generalbevollmächtigten als Abteilungsleiter Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium Atomkraftwerke seines früheren Arbeitgebers zu überwachen – frühere Tätigkeit für Atomkraftwerksbetreiber seien ein "absoluter Ausschlussgrund" - Hennenhöfer verhandelte auf Seiten der Kraftwerksbetreiber den Atomausstieg mit der rot-grünen Bundesregierung

Die Berufung des ehemaligen E.on-Managers Gerald Hennenhöfer zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium ist nach Überzeugung der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) nicht nur ein politischer Fehler, der das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Objektivität der Atomaufsicht erschüttert; gegen seine Beteiligung an atomrechtlichen Verwaltungsverfahren bestehen auch rechtlich größte Bedenken. Hennenhöfer hat in der Vergangenheit Atomkraftwerksbetreiber gegenüber dem Bund vertreten. Insbesondere verhandelte er als Generalbevollmächtigter der Münchner Viag, die im Jahr 2000 mit der Veba zu E.on verschmolz, die Vereinbarung zum Atomausstieg mit der rot-grünen Bundesregierung. Die Konsensvereinbarung vom 14. Juni 2000 trägt unter anderem seine Unterschrift.

Nach § 20 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) darf jedoch für eine Behörde in einem Verwaltungsverfahren nicht tätig werden, "wer außerhalb seiner amtlichen Eigenschaft in der Angelegenheit ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist". Das "Mitwirkungsverbot" ist zeitlich unbegrenzt. § 20 VwVfG normiert einen absoluten Ausschlussgrund, einer besonderen Begründung der Besorgnis der Befangenheit bedarf es nicht.

"Gerald Hennenhöfer ist wegen seiner früheren Tätigkeit für Atomkraftwerksbetreiber für alle amtlichen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der deutschen Atomkraftwerke unmöglich. Er ist nach § 20 Verwaltungsverfahrensgesetz von der Arbeit zwingend ausgeschlossen, für die er berufen wurde", sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake. Er forderte den Bundesumweltminister auf, die umstrittene Personalleistungsvereinbarung rückgängig zu machen. Sollte Röttgen der Aufforderung nicht nachkommen, seien alle künftig unter Mitwirkung von Herrn Hennenhöfer getroffenen Entscheidungen in diesem Zusammenhang rechtswidrig. Betroffene könnten sie dann unter Berufung auf § 20 VwVfG erfolgreich vor Gericht anfechten.

Hennenhöfers Tätigkeit als Chef der Reaktorsicherheitsabteilung im BMU verstoße im Übrigen auch gegen die Berufsordnung für Rechtsanwälte.

Nach § 3 der Berufsordnung ist einem Rechtsanwalt die Beratung oder Vertretung bei "widerstreitenden Interessen" untersagt. Das gilt auch für die Tätigkeit eines Amtsträgers, die in Widerstreit zu seiner früheren anwaltlichen Tätigkeit steht.

In einem Schreiben an Bundesumweltminister Röttgen hat Baake die Rechtsposition der DUH im Einzelnen erläutert. Das an diesem Wochenende bei der DUH eingegangene Antwortschreiben des BMU vom 16. Dezember bestätigt im Grundsatz die rechtliche Argumentation der DUH, versucht dann allerdings eine zweifelhafte Verengung des juristischen Begriffs "Angelegenheit". Denn tatsächlich kommt es für die "Angelegenheit" nach § 20 Verwaltungsverfahrensgesetz laut den einschlägigen Kommentaren (zum Beispiel: Stelkens/Bonk/Sachs, § 20 Rn. 39) auf die "materielle Vergleichbarkeit der zu begutachtenden Fragen" an. Eine solche Vergleichbarkeit der früheren Tätigkeiten Hennenhöfers für Atomkraftwerksbetreiber ist aber im Hinblick auf weite Aufgabenbereiche des BMU-Abteilungsleiters Reaktorsicherheit zweifellos gegeben.

Verwaltungsgerichtliche Entscheidungen, die die Interpretation des BMU stützen würden, gibt es nicht. Das Antwortschreiben des BMU ist somit nach Überzeugung der DUH in keiner Weise geeignet, die Ausschlussgründe des § 20 Verwaltungsverfahrensgesetz zu entkräften.

Gerd Rosenkranz, Rainer Baake



Und wieder ist ein Jahr rum, leider ohne dass unsere Forderungen umgesetzt wurden. Deshalb haben wir ein paar Bilder ausgesucht, die stellvertretend für die vielen Aktionen des vergangenen Jahres stehen. Dass wir immer mit tollen Bildern versorgt werden, ist ja keine Selbstverständlichkeit, deshalb hier mal den Großen Dank an alle, die regelmäßig an uns denken:

I+W Lowin, A. Conradt, T. Voigt, Herman vom Umbruch Bildarchiv, M. Golletz.
Ansonsten gilt: "Eine Million Jahre Sicherheit ab in die Tonne". Die Redaktion



Wir sind überall ... und das auch die nächsten 999.959 Jahre

für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 91 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich der Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atomrückständen dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierende Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot wollte offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wurde schon unter Rot-Grün nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass jetzt nach den Wahlen die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagerung wieder gezeichnet wird.

Asse säuft ab - Gorleben was nun ...?

Vor zweiunddreißig Jahre war es ein kleiner Fingerzeig vom Ministerpräsidenten Albrecht auf eine Karte, der den Salzstock Gorleben zum einzigen Standort für radioaktiven Müll machen sollte. Eine ergebnisoffene und wissenschaftlich unabhängige Untersuchung über die Eignung des Salzstockes Gorleben hat ebenso wie eine Diskussion über das Endlagermedium Salz nie stattgefunden.

Im letzten Jahr konnte endlich der Nachweis erbracht werden, dass die CDU-FDP Bundesregierung 1983 massiv Einfluss auf die eigenen behördlichen Wissenschaftler genommen hat, um einen Zwischenbericht zu den Ergebnissen des Tiefbohrprogramms in Gorleben zu beschönigen und die Ergebnisse ins rechte Licht zu setzen. Die Regierung Kohl wollte alles auf die eine Karte Gorleben setzen.

Die neugewählte CDU-FDP Bundesregierung will die Karte Gorleben wiederaufnehmen und mit den alten Behörden und staatsnahen Wissenschaftlern das Endlager zu Ende „erkunden“. Selbst das Absaufen des Modellendlagers Asse wirkt nicht abschreckend.

Wir verdanken der Unterstützung von uni-

versitären und freien Wissenschaftlern viel. Sie haben uns immer wieder gute Argumente geliefert, um gegen die einfachen und vereinfachten Positionen der Betreiber des Bergwerkes und der verschiedenen Bundesregierungen Stellung beziehen zu können.

Das Jahr 2009 war für den Widerstand in Lüchow-Dannenberg bemerkenswert. Kein Castor und dennoch ständig in den Schlagzeilen. Asse säuft ab und ein Untersuchungsausschuss dazu, Bustour der BI quer durchs Land, und die große Demo mit Treck in Berlin, und dann melden sich immer wieder Wissenschaftler zu Wort, von denen wir noch nicht einmal ahnten, dass sie zur Eignung des Salzstockes bzw. zum Suchverfahren etwas sagen könnten.

Diese Hilfe wollen wir in Anspruch nehmen. Die Bürgerinitiative wird am 17. April 2010 eine Fachtagung mit unabhängigen Wissenschaftlern zum Salzstock Gorleben in Dannenberg durchführen. Dazu haben wir neben uns schon lange bekannten Wissenschaftlern auch einige geladen, die sich erst in letzter Zeit öffentlich kritisch zum Endlagerprojekt geäußert haben.

Wir werden die wesentlichen Argumente noch einmal zusammenfassen und dokumentieren, um zu verdeutlichen, dass es guten Gewis-

sens ein einfach Weiter so in Gorleben nicht geben kann.

Am Freitagabend wird die Fachtagung mit einem Vortrag zur Geschichte der Endlagerforschung in Deutschland eingeleitet. Gorleben wird bei diesem Vortrag nicht im Mittelpunkt stehen und wir werden wohl auch nicht erfahren, warum der albrechtsche Finger auf einmal einen kleinen Ort an der Elbe zum Endlagerstandort machte. Aber der eine oder andere kleine Hinweis auf die Gründe und das Auswahlverfahren zu Gorleben werden bestimmt genannt.

Wir gehen davon aus, dass unsere Tagung auf ein breites öffentliches Interesse stößt. Die Bundes- und die Landesregierung wie auch die beteiligten Behörden werden wir auch nach Dannenberg einladen, um mit Ihnen über das Endlagerprojekt im Salzstock Gorleben ins Gespräch zu kommen. Wir haben immer wieder erleben müssen, dass unsere guten Argumente gegen ein Endlager im Salzstock Gorleben von den Betreibern des Endlagers ignoriert bzw. nicht überzeugend beiseite geschoben werden. Das ist aber auch immer wieder ein Teil der Legitimation für unseren über dreißigjährigen Protest. Getreu dem Motto: Wer nicht hören will, muss fühlen!

Torsten Koopmann



Gegen Datensammelwut, für Demonstrationsfreiheit

Der "Grundrechtebericht 2009" richtet sich gegen die staatliche Datensammelwut, Bespitzelungsaktionen von Firmen gegen Journalisten oder eigene Mitarbeiter und Demokratiedefizite in vielen Lebensbereichen. Auch der Gorleben-Konflikt findet wieder einmal Eingang in den Report.

6. November 2008. Vier Anti-Atom-Aktivistinnen erklimmen einen Brückenbogen bei Lüneburg und seilen sich ab. Sie baumeln über der Bahnlinie nach Dannenberg: eine von vielen Aktionen gegen den Castor-Transport von La Hague nach Gorleben. Die Bundespolizei räumt die Brücke und nimmt eine Aktivistin fest. Sie wird – überraschenderweise – nicht nach Lüneburg, sondern nach Braunschweig überführt. Dort gibt es Zellen "für randalierende Männer, die wegen Familiengewalt festgehalten werden", schreibt die Autorin und Rechtsanwältin Ulrike Donat. Was aber soll Cécile Lecomte dort? Nicht vorbestraft, aber unbequem – durch ihre Kletteraktionen schaffte sie es immer wieder,

öffentlichkeitswirksam auf die Gefahren der Atomkraft hinzuweisen.

Das "Eichhörnchen", wie sich Cécile auch nennt, wurde nach dreieinhalb Tagen wieder frei gelassen, u.a. weil es viele Solidaritätsbekundungen gab und offensichtlich wurde, dass die Haftbedingungen gesundheitsschädlich waren. Sie musste eine Nacht mit Dauerbeleuchtung verbringen, konnte weder Licht noch den Zugang zu Wasser selbst regulieren, bekam zunächst nichts zu lesen, was dann verbessert wurde, und hatte nur eine halbe Stunde am Tag, gefesselt an eine Aufsichtsperson, >Hofgang< auf einem Parkplatz. "Die Haftbedingungen waren also weit schlechter als in Untersuchungshaft, die nur für weit schwerere Anlasstaten und Gefährdung der Allgemeinheit verhängt werden darf. Sie entsprachen einer weiteren Ersatzbestrafung".

Cécile Lecomte hat im Dezember beim Bundesverfassungsgericht eine Klage eingereicht.

Die BI klagt – siehe Datensammelwut – gegen das Filmen von Demonstrationen, zuletzt auf der Großdemo in Berlin am 5. September 2009. Wie

wichtig es ist, sich gegen staatliche Übergriffe zur Wehr zu setzen, zeigt ein anderer Bericht im Report. "Straftäter linksmotiviert - Große Worte zum kleinen Preis" – ein Pazifist unterschreibt einen Aufruf gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO in Jugoslawien und landet in der o.g. Datei INPOL. Da hilft auch kein Freispruch – denn das Berliner Kammergericht sprach ihn und andere von dem Vorwurf frei, sie hätten mit diesem Gewissensappell zur Desertion aufgerufen. Auf INPOL haben alle Polizeibehörden bundesweit Zugriff und mit einem Eintrag endet die Anfahrt zu einer Demo schon schnell auf einer Autobahnraststätte in einer Polizeikontrolle oder an der dänischen Grenze, weil in Kopenhagen der Klimagipfel den Bach runtergeht ...

Wie wehrt man sich? Ganz einfach und unkompliziert.

Unter <http://www.castor.de/6backinfo.html> findet man Vordrucke für die Anfragen beim BKA, LKA, Verfassungsschutz und der Staatsanwaltschaft. Grundrechtebericht 2009. Fischer-Verlag, 9.95 Euro ISBN 978-3-596-18373-9

Agenda 2010 - Laufzeitverlängerungen und Gorleben Stopp!

Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich die Verlängerung der Laufzeiten der maroden Atomkraftwerke auf die Fahne geschrieben. Außerdem will sie das bestehende Moratorium, den Salzstock in Gorleben als Lager für hochradioaktive Abfälle zu erkunden, aussetzen und die Erkundung fortsetzen. Der nächste Castortransport ins Wendland steht für den Herbst an. Außerdem werden Vattenfall (Brunsbüttel, Krümmel), die Alt-AKW's, vor allem die AKW's Biblis A und Neckarwestheim I und schließlich auch die Sanierung der absaufenden Atommüllkippen ASSE II und Morsleben auf der Agenda 2010 stehen.

Jede Menge Zündstoff also und die neue Bundesregierung wird mit dem Widerstand der Anti-Atom-Bewegung rechnen müssen. Bereits am 5. September 2009 hatten über 50.000 Menschen auf der Demonstration „Mal richtig abschalten - Atomkraft Nein Danke“ in Berlin gezeigt: Wer am Atomausstieg rüttelt, wird einen Sturm ernten!

Mit Blick auf die Laufzeitverlängerungen werden derzeit zum Tschernobyl-Jahrestag am 24.4. Groß-Aktionen gegen den weiteren Betrieb der Atomkraftwerke diskutiert und vorbereitet. Vattenfall plant die AKW's Brunsbüttel und Krümmel ab Mai wieder ans Netz bringen zu wollen. Und in Biblis A und Neckarwestheim I werden die nach dem bisher noch geltenden Atomgesetz Reststrommengen verbraucht sein, so dass die endgültige Abschaltung dieser Reaktoren ansteht. Gute Gründe, dass die Anti-Atom-Bewegung sich zunächst auf diese Standorte orientiert und starke Aktionen vorbereitet.

Doch zusätzlich zur Debatte um die Laufzeitverlängerungen wird das Jahr 2010 mit den Problemen der Endlagerung der radioaktiven Atommülls geprägt sein: Im sogenannten Atomkonsens aus dem Jahr 2000 hatten sich Stromwirtschaft und die damalige Bundesregierung auf ein bis zu zehn Jahre dauerndes Moratorium in Gorleben geeinigt. Das endet im Jahr 2010. Diese Zeit sollte genutzt werden, um grundsätzliche Sicherheitsfragen zur Lagerung des hochradioaktiven Mülls aus den Atomkraftwerken zu klären und außerdem „ergebnisoffen“ alternative Standorte

zu untersuchen. Bis heute ist allerdings nichts geschehen: Die große Koalition hat zwar angekündigt, bis zum Ende der Legislaturperiode eine Lösung für die ungelöste Entsorgung des hochradioaktiven Atommülls vorzulegen.

Praktisch aber hat die CDU/CSU jeden Versuch einer alternativen Standortsuche gemeinsam mit der Atomindustrie blockiert. Auch die SPD ist in dieser Frage bestenfalls halbherzig: Obwohl die bisherige Erkundung zeigt, dass Gorleben nicht geeignet ist, hielt der damalige Umweltminister Gabriel an diesem Standort fest. Nicht Sicherheit ist ausschlaggebend, sondern partei- und machtpolitische Winkelzüge. Während öffentlich behauptet wird, dass es keine Vorfestlegung auf Gorleben gäbe, häufen sich die Beweise, dass es nie eine „ergebnisoffene Erkundung“ gegeben hat.

Erst vor wenigen Monaten deckte die Frankfurter Rundschau auf, dass die Schächte und Stollen in Gorleben von Anfang an größer ausgelegt worden sind, als für eine Erkundung erforderlich. Das hat die bisherigen Kosten fast verdreifacht. Allein dies macht klar: Eine Allianz aus Politik, Industrie und Behörden hat von Anfang an Gorleben als Atommüllkippe auserkoren, egal, was die Erkundung ergibt. In den vergangenen Wochen und Monaten haben Äußerungen von Merkel und anderen klar gemacht, dass nicht Sicherheit, sondern finanzielle Fragen im Vordergrund stehen.

Rund um die Vorgänge in dem vom Einsturz bedrohten ehemaligen „Forschungs-Lager“ ASSE II wird immer deutlicher: Unter dem Deckmantel der Forschung hat ein Kartell aus Behörden, Politik und Industrie faktisch die Endlagerung von Atommüll betrieben. Ein Kartell des Schweigens hat es geschafft, Rechtsstaatlichkeit vorzugaukeln, dabei sämtliche Sicherheitsrisiken zu ignorieren und jahrzehntelang die Öffentlichkeit zu belügen. Zur Rechenschaft gezogen wird niemand, die Zeche wird der Steuerzahler zahlen. Bis zu vier Milliarden Euro kann der Rettungsvorschuss kosten, der derzeit in der ASSE begonnen wird.

Nicht viel anders sieht es im Atommülllager Morsleben aus. Anfang der 90er Jahre hat Angela

Merkel als Umweltministerin sämtliche Sicherheitsbedenken bezüglich der Standfestigkeit des Salzstock seitens der zuständigen Fachbehörden in Sachsen-Anhalt und beim Bundesamt für Strahlenschutz einfach vom Tisch gewischt und der Einlagerung großer Mengen radioaktiv er Abfälle aus westdeutschen Atomkraftwerken zugestimmt. Merkel verhalf der Atomlobby so zu einem kostengünstigen Ausstieg aus dem Entsorgungsdilemma, bevor es zu schweren Dekkeneinstürzen kam. Auch hier zahlt mit mindestens 2,5 Milliarden Euro der Steuerzahler die Zeche. Derzeit läuft in Morsleben das Schließungsverfahren auf Antrag des Bundesamts für Strahlenschutz. Über 10.000 Einwendungen sind gegen die Pläne erhoben worden und es wird wohl noch in diesem Jahr zum Erörterungstermin für dieses weltweit bedeutsame Verfahren in Sachen Endlagerung kommen.

2010 droht die Gefahr, dass angesichts des Stillstands bei der Endlagersuche und angesichts bislang 1,5 Mrd. investierter Euro, Gorleben trotz mangelnder Eignung zur Atommüllkippe gemacht werden könnte.

Die Anti-Atom-Bewegung hat in den letzten Monaten deutlich gemacht, wie lebendig und stark sie ist. Die Demonstrationen zum letzten Castortransport nach Gorleben waren der Auftakt. „Mal richtig abschalten“ mit über 50.000 Menschen in Berlin war der vorläufige Höhepunkt der Mobilisierung gegen Atomenergie. Seitdem finden überall in der Republik Aktionen und Veranstaltungen für den Ausstieg aus der Atomenergie statt. Zum Tschernobyl-Jahrestag am 24. April steht die Laufzeitverlängerung der Schrottmüllkippe auf der Tagesordnung. Und dann geht um die Endlagerung und um Gorleben.

**Das Ziel ist klar:
Gorleben wird nicht zur
Atommüllkippe! Der nächste Castor
wird nicht durchkommen!
Atomausstieg sofort!**

Dirk Seifert, ROBIN WOOD



Eiskalter Protest gegen Atomenergie

Klirrender Kälte und eisigem Wind zum Trotz demonstrierten auch am Wochenende vor Weihnachten wieder Tausende in ganz Deutschland gegen Atomenergie.

130 kamen schon am Freitag zum Fackelzug bei Schacht KONRAD, 60 beteiligten sich am Samstag an der Übergabe-Aktion der Morsleben-Einwendungen in Magdeburg. Aus mittlerweile mehr als 50 Städten meldet „ausgestrahlt“ eine Beteiligung an den StörFall-Mobs, die an den 4 Advents-samstagen jeweils um 11.58 Uhr stattfanden. Am Sonntag folgte dann eine Demonstration in Ahaus mit 300-350 TeilnehmerInnen, ein Sonntagsspaziergang in Biblis mit gut 200 TeilnehmerInnen. Weitere demonstrative Spaziergänge fanden bei uns in Gorleben und der ASSE II statt, wo um 18.00 Uhr auch noch eine Andacht der örtlichen Kirchengemeinden stattfand.

**Bundesregierung zu Ahaus-Atomülllagerung:
„Zweimal pro Woche Transporte“ –
„1800 Gebinde“**

Viele Jahre war es um Ahaus ruhig geblieben. Als wir im Sommer mit unserer „Bl on tour“ in

Ahaus Station machten, zeichnete sich bereits ab, dass der Einlagerungsbetrieb in Ahaus wieder aufgenommen würde.

Die BI „Kein Atomüll in Ahaus“ und die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland zeigen sich nun alarmiert über die aktuelle Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Zu den ab Anfang 2010 geplanten Atomülltransporten nach Ahaus schreibt die Bundesregierung, es werde „mit der Annahme und Abgabe von maximal 1800 Gebinden über einen Zeitraum von zehn Jahren gerechnet. (...) Nach Angaben der Betreiber ist realistisch im Mittel von ca. zwei Transporten pro Woche auszugehen.“

„Diese Zahlen sind schockierend, denn sie bedeuten, dass in Ahaus in den nächsten zehn Jahren ein ständiger Verkehr mit Atomüll geplant ist - auf der Schiene und auf der Straße. Das Ahauser Atomülllager wird zu einer Drehscheibe für Atomülltransporte umgewandelt. Dazu kommen noch die 152 Castoren mit hochradioaktivem Atomüll, die ab 2011 aus Jülich anrollen sollen,“ so Felix Ruwe von der BI Kein Atomüll in Ahaus.

... höhere radioaktive Strahlungsmenge genehmigt ...

„Für Ahaus wurde von der Bezirksregierung Münster eine höhere radioaktive Strahlungsmenge genehmigt, als sich momentan im Endlager ASSE II befindet, dennoch gab es keinerlei Öffentlichkeitsbeteiligung. In der ASSE überlegt man, ob der Atomüll nicht sogar wieder an die Oberfläche gebracht werden soll, doch in der Leichtbauhalle Ahaus soll er dicht an dicht gestapelt werden. Das ist unverantwortlich,“ erklärte Willi Hesters vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Deshalb werden die Anti-Atomkraft-Initiativen schon Anfang 2010 wieder auf die Straße gehen. Am 17. Januar findet in Ahaus der nächste Sonntagsspaziergang statt und am 23. Januar folgt ein Autobahn-Aktionstag von Ahaus zur Atomüll-Konditionierungsanlage in Duisburg-Wanheim und weiter zum Forschungszentrum Jülich. An beiden Standorten sind Kundgebungen geplant. Für den 24. April ist in Ahaus zwei Wochen vor der Landtagswahl eine Großdemonstration zum Tschernobyl-Jahrestag geplant.

AG Schacht Konrad / SOFA Münster

Buch: Damals in Gorleben - „Mein letzter Versuch die Welt zu retten“

Die Welt zu retten ist super. Zumindest ist der Vorsatz lobenswert. Wie es sich mit der Umsetzung verhält, wie man nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch den Versuch starten kann, die Welt zu retten, da über schreibt Jo Lendle in seinem Roman „Mein letzter Versuch, die Welt zu retten“.

Dieser spielt an zwei Apriltagen im Jahr 1984. Die bundesrepublikanische Wirklichkeit wird zu dieser Zeit in den Tagesnachrichten von den Protesten und Aktionen aus dem Wendland geprägt. Gorleben wurde zur Endlagerstätte für Atomüll bestimmt und die ersten Atomülltransporte stehen kurz bevor. Der schon seit den 1970er-Jahren gut organisierte Widerstand gegen die Atomindustrie veranlasst nicht wenige, in diesem April 1984 in das Wendland zu „pilgern“ und die Proteste zu unterstützen.

Zu ihnen gehört auch der siebzehnjährige Florian, der sich nach genauer Vorbereitung zusammen mit einer kleinen Gruppe von Jugendlichen im Kleinbus der Kirchengemeinde ins Wendland begibt. Seine Motivation ist eindeutig: nicht ausschließlich Protest soll es sein, eigentlich will er auch die Welt verbessern.

Zu diesen Weltverbesserungsplänen gehören vor allem ausgiebige Planungen: „Beim Vorbereitungstreffen waren wir gewarnt worden, auf den Zufahrtsstraßen werde es aller Voraussicht nach Kontrollen geben, wahrscheinlich würde man jeden, der erkennbar dazugehörte, schon im Vorfeld abfangen und in Gewahrsam nehmen. Daher: keine offen herumliegenden Plakate, Flugblätter, keine allzu offensichtlichen Hinweise auf unsere

Absichten, keine Anstecker, Transparente usw. Wir ergänzten: keine Kleidung, an der sich unsere Gesinnung allzu deutlich ablesen ließ.“ So präpariert fährt man Richtung Wendland und der Leser hat das Gefühl, einem Klassenausflug oder einer Reise ins Schullandheim beizuwohnen. Die Bedeutung der „Exkursion“ für die „Protestreisenden“ könnte aller Dinge größer kaum sein: „Dabei war es noch nicht einmal dieser TAG X selbst, dem wir entgegenfuhren, den wir voller Vorfreude und Angst erwarteten wie die Rückkehr des Erlösers.“

Dabei lässt der Autor in der Erzählperspektive des Protagonisten Florian einen leicht ironischen und selbstreflexiven Unterton aufscheinen. Er reflektiert sein Handeln in der Rekapitulation der Ereignisse: „Es ging um alles, um die Nachgeborenen, das System, die Schöpfung, um uns selbst, wir waren groß darin, die andere Seite zu überhören. Woran wir glaubten: an den Sieg der guten Sache, an Ideale, an das, woran zu glauben wir uns geeinigt hatten. Wir hatten Weltanschauungen, wir hatten die Welt ja gesehen und glaubten, sie erkannt zu haben. Der gute Zweck heiligte nicht nur die Mittel, sondern auch uns selbst.“

Jedes unser Goldenen Kälber war ein unschuldiges Tier mit großen Augen.“ Schon zu Beginn des Romans wird dem Leser mitgeteilt: „Ich, der Erzähler, bin tot.“ Er wird im Laufe des Romans sterben. Florian berichtet über die Ereignisse auf einer Metaebene. Diese Erzählsituation vermittelt einen gewissen Fatalismus, und es wird letztendlich klar, was nun wohl auch der Erzähler - leider zu spät - verstanden hat. Es geht um viel. Aber letztendlich haben die Protagonisten zwar

einen globalen Blick, aber ihre eigene Gegenwart, ihr eigenes Handeln, verlieren sich in ihrer ganzen Tragweite aus dem Blick. Keine globale, sondern eine lokale, eine persönliche Katastrophe steht allen bevor.

Zum Ende blitzt diese Naivität kurz in einem Nebensatz auf. Der Leser bekommt einen kleinen Einblick in die chaotischen Ereignisse auf den letzten Metern der Flucht Florians durch die Wälder des Wendlands, die ihn in die Nähe der Zonengrenze zur DDR führt. Hier blitzt kurz auf, was schon unterschwellig deutlich wurde: „Wir liefen langsamer, seit wir im Wald waren, das Mondlicht fiel durch die Stämme, aber es war trotzdem viel zu dunkel, um zu wissen, was wir taten.“ Am Ende ist es ein Schock, auch für den Leser. Florian stirbt beim Versuch, die Welt zu retten, an der innerdeutschen Grenze.

Lendle gelingt in seinem kleinen Zeitausschnitt ein authentisches Bild der gesellschaftlichen Stimmung der Jugendlichen, die in diesem Jahr 1984 Teil der Gorleben-Proteste sind. Die Spannung zwischen hohem moralischen Anspruch und Persönlichkeitsentwicklung macht aus dem Buch auch einen Adoleszenz-Roman, dessen Nebenfiguren vielleicht an manchen Stellen ein wenig blass sind, der aber einen über das Jahr 1984 hinaus reichenden Habitus von heranwachsenden Jugendlichen vermittelt. So ist es wohl gewesen, damals!

Lesung mit dem Autor Jo Lendle am 20.1. 19 Uhr in der Buchhandlung „Buch Am Markt“ in Lüchow, Lange Straße 59.

Deutsche Verlags-Anstalt, 248 Seiten, 19,95 EUR. ISBN-13: 9783421043917

Konzerne machen Kasse

Was steckt hinter den Strompreis-Erhöhungen?

Die Stromkonzerne gehören nicht zu den ärmsten Unternehmen im Land. Die vier größten, RWE, E.On, EnBW und Vattenfall, machten im Jahr 2008 einen Rekord-Gewinn von fast 20 Milliarden Euro. Damit bezahlte jeder Einwohner durchschnittlich etwa 240 Euro mehr an die vier Konzerne als diesen Kosten entstanden waren.

Mit den Kosten lassen sich die jetzt wieder einmal angekündigten drastischen Strompreiserhöhungen für das kommende Jahr also kaum erklären. Wie will ein Atomkraftwerksbetreiber beispielsweise plausibel machen, Atomstrom in den längst abgeschriebenen und politisch privilegierten Uralt-Meilern für wenige Cent zu erzeugen, den Privatkunden den Strom dann aber für rund 20 Cent völlig überhöht zu verkaufen? Laut verivox sind die Strompreise für Privatkunden seit dem Jahr 2000 jedes Jahr gestiegen – "in der Zwischenzeit sind es insgesamt rund 40 Prozent". Es ging hierbei wohl weniger um die Deckung von Kosten als vielmehr um die Erhöhung der Gewinne auf Kosten der Bevölkerung.

Mindestens 40 Stromanbieter haben angekündigt, ab Januar 2010 die Strompreise wieder einmal zu erhöhen - um durchschnittlich 5 Prozent,

ermittelte das Verbraucherportal verivox. Diese Preissteigerungen bedeuten für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Verbrauch von 4000 kWh pro Jahr eine erneute Mehrbelastung von 46 Euro.

... rund 40 Prozent seit 2000 ...

Zu den Energieversorgern mit deutlichen Preiserhöhungen gehören mit Vattenfall und EnBW auch zwei der vier größten Energie- und Atomkonzerne in Deutschland. RWE und E.On halten sich noch zurück - vorerst.

Stromanbieter begründen Preiserhöhungen mit Kostensteigerungen - Verbraucherschützer zweifeln daran.

Als Gründe für die Preiserhöhungen werden entweder gestiegene Beschaffungskosten oder die erhöhten Kosten im Rahmen des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) angegeben.

Der Versorger EWE argumentiert etwa, dass in dem Strom, den EWE ab 2010 an Privathaushalte verkaufe, auch Strommengen steckten, "die EWE zu hohen Handelspreisen im Jahr 2008 eingekauft hat". Das stößt bei Verbraucherschützern auf Kritik, denn die Großhandelspreise für Stromverkäufer und Großkunden seien im vergangenen

Jahr deutlich günstiger geworden. Die "Beschaffungsstrategie" sei vielfach falsch gewesen.

Die Agentur für Erneuerbare Energien verwies darauf, dass die Förderung von Sonnen und Windkraft lediglich fünf Prozent des Strompreises ausmache. Die Erneuerbaren Energien tragen im Durchschnitt nur wenig zu den Kosten der Stromerzeugung bei. Bislang belief sich die sogenannte EEG-Umlage auf den Strompreis auf rund einen Cent pro Kilowattstunde. Künftig sind es 2,03 Cent. Bei einem Haushalts-Stromverbrauch von 4000 Kilowattstunden pro Jahr schlägt der Ausbau der erneuerbaren Energien also gerade mal mit 6,80 Euro pro Monat oder 81 Euro jährlich zu Buche.

Ein Mehrpersonen-Haushalt zahlt für die den Ausbau der erneuerbaren Energien mit rund 80 Euro also deutlich weniger als für die reinen Gewinne der großen Energiekonzerne, die im vergangenen Jahr mit besagten 240 Euro pro Person zu Buche schlugen.

www.ngo-online.de
Henrik Paulitz

**Immer mittwochs 17 - 19 Uhr
StromweXelstube
im BI-Haus in Lüchow**



Kampagne gegen Atomexporte

Inzwischen hat Siemens den ersten Antrag auf eine Hermes-Deckung für Atomexporte gestellt. Es geht um das in Brasilien geplante Atomkraftwerk Angra 3, das in einem Erdbebengebiet im Bundesstaat Rio de Janeiro gebaut werden soll. Siemens hat hierfür eine Hermesbürgschaft in Höhe von 1,4 Milliarden Euro beantragt.

Sicherlich will Siemens mit diesem Antrag auch die neue Bundesregierung unter Druck setzen, möglichst schnell die seit 2001 gültigen Hermes-Umweltleitlinien außer Kraft zu setzen. Diese schließen nämlich Atomexporte von der Bürgschaftsvergabe aus.

Wir möchten Euch deshalb dringend bitten, unsere neue Kampagne: „Strahlende Exporte – Nicht mit uns!“ zu unterstützen. Im Rahmen dieser Kampagne suchen wir bundesweit Mitstreiter und Mitstreiterinnen, die bereit sind sich als „Hobby-Lobbyisten“ zu betätigen und den örtlichen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU/FDP einen Besuch abzustatten. In den nächsten Monaten sollen möglichst viele Bun-

destagsabgeordnete der Regierungsfractionen persönlichen Besuch von Menschen aus ihrem Wahlkreis erhalten. Denn die Abgeordneten müssen spüren, wie sensibel das Thema Hermesbürgschaften für Atomexporte ist und dass Steuerzahler aus ihrem Wahlkreis keine Lust haben, die gefährlichen Geschäfte von Siemens und Co. abzusichern. Die Aktion kann jedoch nur Erfolg haben, wenn wir genügend Menschen finden, die bereit sind, sich einmal als Hobby-Lobbyisten zu probieren.

Wir haben dafür einen ausführlichen „Lobby-Leitfaden für Anfänger“ erarbeitet, der alle Materialien enthält, die für die Durchführung der Aktion nötig sind, inklusive Briefvorlage für die Terminanfrage und einen Fragenkatalog, den man den Abgeordneten übergibt. Zudem erhalten alle „Lobbyisten“ eine persönliche Betreuung und Beratung seitens des urgewald-Teams.

Natürlich befürworten die meisten Bundestagsabgeordneten der Regierungsfractionen die Nutzung der Atomenergie in Deutschland. Trotzdem bestehen gute Chancen, sie davon zu überzeugen, dass die Rahmenbedingungen für

die Atomkraftnutzung in Entwicklungs- und Schwellenländer äußerst bedenklich sind. Nach unserer Erfahrung gibt es insbesondere bei der CDU/CSU viele Abgeordnete, die, obwohl sie in Deutschland für eine Verlängerung der Laufzeiten sind, doch Bauchschmerzen bei der Vorstellung haben, dass wir den Bau von neuen Atomanlagen in Brasilien, Pakistan oder Kaliningrad staatlich fördern.

Bitte unterstützt also die Aktion und ruft auch über Eure Aktiven-Verteiler zur Teilnahme auf. Wenn viele Bürger und Bürgerinnen an vielen Orten „ihre“ Bundestagsabgeordneten zur Rede stellen, können wir hier nämlich viel erreichen!

Wer mitmachen will, sollte einfach eine email an simone@urgewald.de schicken oder bei uns im Büro anrufen: 02583-1031. Wir schicken dann den Lobby-Leitfaden samt Vorbereitungsmaterialien an Euch. Danach gibt es eine telefonische Betreuung, um zu klären ob es noch Fragen gibt und schon kann die Aktion in Eurem Wahlkreis gestartet werden

Heffa Schücking
Urgewald e.V.

Januar und später ...

Immer mittwochs 17 - 19 Uhr StromweXelstube im BI-Haus in Lüchow

- 17.1., Große Rallye im „Dreieck von BURE“, www.burestop.org
 17.1. 14 Uhr, Sonntagsspaziergang „Neujahrsempfang“ zum AKW Biblis, Treffpunkt Bahnhof, www.castor-stoppen.de
 18.1. 11. 15 Uhr, Prozeß Cecile Amtsgericht Münster, Saal 102B, www.sofa-ms.de
 20./21.1. jeweils 9.30 Uhr, Prozess gegen Zwischenlager Esensham, Oberverwaltungsgericht Lüneburg (Klage vom November 2003)
 23.1., „Autobahn-Aktionstag „Dem Castor entgegen“ von Ahaus über Duisburg und Krefeld nach Jülich, www.kein-castor-nach-ahaus.de
 24.1. Wir fahren mit der Atommafia Schlitten, Umrundung des „Erkundungs“bergwerks Gorleben
 31.1., Ratschlag zur Krümmel-Mobilisierung 24.4.
 4.2. 9 Uhr, Hauptverhandlung wegen Nikolausaktion Landtag 6.12.2006, Amtsgericht Hannover, Volgersweg 1
 6.2. 13 Uhr, Demo in Hameln „Stopp aller Atomtransporte!“
 22.2., Standortbenennung (1977)
 März, Bundeskonferenz der Anti-Atom-Bewegung in Ahaus, www.kein-castor-nach-ahaus.de
 8.3., Frauenaktionstag „Frauen aktiv gegen Atomenergie“, www.frauengegenatom.de
 18.-21.3., Landshuter Umweltmesse, www.la-umwelt.de
 19.-21.3., Internationaler Kongress und Friedensmatinee in Essen, Burgplatz 1, www.friedenskultur2010.de
 28.3., Harrisberg-Katastrophe 1979
 27.3., Aktionen an den Zentralen der Energieversorgungsunternehmen
 4.4., Aktionen an den Stationen der Atomspirale, die erste an der Urananreicherungsanlage Gronau
 16./17.4., Fachtagung Gorleben „Unabhängige Wissenschaftler zur Geologie des Salzstocks“, „Alte Post“ Dannenberg
 24.4., Krümmel-Demo, Biblis-Demo, Ahaus-Demo, www.kein-castor-nach-ahaus.de
 26.4., Tschernobyl-Katastrophe 1986
 3.-28.5., Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York, www.atomwaffenfrei.de
 4.-6.5., Jahrestagung Kerntechnik in Berlin, Congress Center, www.kerntechnik.info
 13.-24.5., KLP, www.kulturelle-landpartie.de
 4.6., 30 Jahre Räumung des Hüttendorfes 2004, Demo „Wi sünd al dor!“ bundesweite Demo rund um das Erkundungsbergwerk Gorleben

Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr; Gorlebener Gebet
 Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr; Gronau www.aku-gronau.de
 Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr; Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager; BI-Ahaus
 Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr; Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

Miss Sophie an der Turmwand - Gorleben-Widerstand zeigt zum Jahreswechsel gleich doppelt Präsenz am Endlager-Projekt

Der Gorleben-Widerstand hat das neue Jahr mit Witz und Fantasie eingeläutet. Bei einem Treffen in der Silvesternacht am Gelände des Atom-müll-Endlagerprojektes gaben sich die Atomkraftgegner »Dinner for one«: Sie projizierten den bekannten Fernseh-Sketch symbolisch mit »Fotonen« - in wortspielerischer Anlehnung an Protonen- auf die weiße Verschalung des Schacht-Förderturms auf dem Erkundungsbergwerk.

Rund 180 Menschen seien dem Aufruf unter dem Motto »Tanzen bis der Wachdienst kommt« gefolgt, teilt Kerstin Rudek mit, die Vorsitzende der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI). Beim anschließenden Feuerwerk zu Mitternacht seien auch ein paar Raketen aufs Bergwerk-Gelände geflogen. Doch von Zwischenfällen berichten weder die Atomkraftgegner noch die Polizei.

Fortgesetzt haben die Gorleben-Gegner ihren Protest gestern Nachmittag mit rund 60 Demonstranten an derselben Stelle, teilt BI-Vorsitzende Rudek mit. Dort haben sich die Atomkraftgegner auf ein weiteres, spannendes Gorleben-Jahr eingestimmt - denn immerhin will die schwarz-gelbe Bundesregierung den Erkundungsstopp für das Endlager -Projekt aufheben. »Wir werden das wachsam begleiten und kommentieren«, kündigt Kerstin Rudek an. Für eine Weiterarbeit müsse jedenfalls ein neuer Rahmenbetriebsplan her - und der könnte beklagt werden. »Wir rechnen uns da gute Chancen aus«, meint die BI-Vorsitzende. Als einer der Protesthöhepunkte taucht im Kalender der 4. Juni auf: 30 Jahre, nachdem die Polizei das besetzte Bohrloch 1004 räumte, wolle man an dieses historische Ereignis erinnern - unter anderem soll das Gelände des Endlager-Projektes umzingelt werden, kündigt die BI an. Auch die wöchentlichen Sonntagsspaziergänge werden fortgesetzt. Dafür gibt es jetzt auch einmal monatlich ein Motto. Am 24.1. heißt es: »Wir fahren mit der Atommafia Schlitten«.



Der bekannte Sketch mit Miss Sophie und ihrem Butler war in der Silvesternacht an der Wand des Schachtes auf dem Gelände des Endlager-Projektes in Gorleben zu sehen. Die Bürgerinitiative Umweltschutz läutete damit ein weiteres spannendes Gorleben-Jahr ein.
 Bild: contratom

Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
 Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
 Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
 Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 1
 Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: H. Eckert, W. Ehmke

Bildmaterial: s. Kasten S. 3

Mitarbeit: H. Schücking, AG Schacht Konrad / SOFA Münster, H. Paulitz, T. Koopmann, D. Seifert, G. Rosenkranz, R. Baake, K. Rudek, contratom

Versand & Termine: L. Wente

Auflage: 1000

BI Büro: Rosenstr. 20, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

buer@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr; Di + Do 15 - 18 Uhr